

Daniel Wannemacher Ensheimer Str. 27 66399 Mandelbachtal

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Daniel Wannemacher

Ensheimer Str. 27
66399 Mandelbachtal
Tel.: +49 (6803) 3459

daniel.wannemacher@gruene-mandelbachtal.de

Mandelbachtal, 19. Januar 2022

Redebeiträge Gemeinderatssitzung 19.01.2021

TOP 3 Erlass einer Satzung zur Durchführung einer Einwohnerbefragung gemäß § 20 b KSVG

„The Times They are a-changing“ sang Bob Dylan bereits 1964 – schön, dass die Erkenntnis knapp 60 Jahre später auch in der Gemeinde Mandelbachtal angekommen ist.

Wenigstens zeichnet sich jetzt eine Mehrheit im Gemeinderat für mehr Basisdemokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung ab.

Eine Satzung für solche Bürgerbefragungen zu haben ist sicher nicht schädlich, auch wenn ich den Protokollen entnommen habe, dass wir uns 2015 und 2019 bei analogen Anträgen der FWG vermutlich enthalten haben – gut – der Grund dafür lag sicher im Vortrag der beantragenden Fraktion.

Den skizzierten Missbrauch dieser Satzung sehen ich nicht, schließlich Bedarf es eines Ratsbeschlusses.

Eine Auszählung auf Ortsebene hätte es nach unserem Dafürhalten nicht gebraucht, aber als Informatiker kann ich damit leben – haben wir eben mehr Zahlen, die auswertbar sind.

Das für uns wichtigere Ergebnis auf Gemeindeebene kriegen wir damit ja auch.

Auch sind wir froh, dass wir (im Gegensatz zu der Darstellung in der Vorlage – auf Anregung unserer Fraktion) die Beteiligung von Bürger*innen ab 16 Jahren in den Vorberatungen und damit in dem vorliegenden Vorschlag ergänzen konnten.

Bezüglich der konkreten Anwendung der vorliegenden Satzung, bin ich unsicherer, dazu aber mehr im folgenden Tagesordnungspunkt.

Wir werden der Satzung zustimmen.

TOP 4 Durchführung einer Einwohnerbefragung

Auch hier gilt: Die Zeiten ändern sich und die Gesellschaft muss sich anpassen oder um ein anderes Zitat zu bemühen: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“

Die reaktionäre Haltung einiger Akteure in der Diskussion können wir nicht nachvollziehen – Wir fühlen uns unseren Orten, unserer Gemeinde durchaus verbunden - wir erheben aber keinen Besitzanspruch, nur weil wir hier geboren sind oder wohnen dürfen.

Wir brauchen dringend eine Energiewende hin zu nachhaltiger, umweltverträglicher und erneuerbarer Energiegewinnung und müssen dabei alle Potentiale ausschöpfen, damit diese gelingen kann.

Ob die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Allenberg genehmigungsfähig wird, ist noch nicht sicher. Wir haben aber das Vertrauen in die zuständigen Prüfbehörden. Hierbei müssen sorgfältig die verschiedenen Interessen gegeneinander abgewogen werden.

Auch nehmen wir die Argumentation ernst, dass es auch bei Windkraft um die Abschöpfung von Subventionen geht. Das mag durchaus sein – allerdings ist es mehr als populistisch, das auf die Windkraft zu reduzieren. Staatliche Subventionen gibt es bei allen Arten von Energieerzeugung und der Lobbyismus und Missbrauch ist in anderen Energiesektoren sicherlich deutlich stärker verwurzelt.

Bzgl. der Diskussion um Freiflächen-PV in Bebelshausen fehlt uns jegliches Verständnis, warum dieses Projekt torpediert wird. Wir können keine negativen Folgen absehen.

Wie sieht denn die Alternative aus? Ein paar Dächer mit PV auszustatten? Das wird nicht genügen.

An dieser Stelle weise ich schon mal darauf hin, dass wir gemeinsam mit den Freien Wählern parallel einen Antrag zum Ausbau von Photovoltaik (auch in Außenbereichen) gestellt haben von dem wir uns einen weiteren Schritt in die richtige Richtung erwarten.

Hier und heute liegt ein Beschlussvorschlag vor, der eine Bürgerbefragung zum Thema Windkraft und erneuerbare Energien vorsieht.

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass der demokratisch gewählte Gemeinderat auch ohne Befragung der Bürger*innen eine Entscheidung, die in seiner Hoheit liegt, selbständig treffen kann und auch sollte. Es schadet aber auch nichts, sich zu dem Thema ein weiteres Meinungsbild einzuholen.

Besonders fragwürdig finden wir deshalb in diesem Zusammenhang die Ankündigung der SPD, dass das Ergebnis der Befragung für sie bindend sei? Als gäbe es nie Entscheidungen, die die politischen Spitzen trotz erheblichem Widerstand in der Bevölkerung zum Wohle der Allgemeinheit treffen müssten. Wir halten das für normal und in einer Demokratie auch so gewollt. Es sind nicht allen Bürger*innen die teilweise komplexen Zusammenhänge bekannt.

Wenn es denn einer Bürgerbefragung bedarf, damit die gewählten Volksvertreter*innen sinnvolle Entscheidungen treffen können, so sei es drum.

Das Thema muss dringend vorangebracht werden: Wir werden dem Antrag zustimmen